



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Presseinformation

Politik und Kultur in Berlin

Auch in diesem Jahr fand eine Herbstfahrt der Bundestagsabgeordneten Lambrecht statt

Berlin/Viernheim, September 2004 – Wie in jedem Jahr, so hatten auch im Herbst 2004 wieder 50 Bergsträßerinnen und Bergsträßer auf Einladung der Bergsträßer Bundestagsabgeordneten Christine Lambrecht (SPD) die Möglichkeit, vier Tage lang die Bundeshauptstadt Berlin zu besuchen. Neben einem umfangreichen Informations- und Besuchsprogramm stand auch ein Besuch im Reichstagsgebäude an Lambrechts Arbeitsplatz auf dem Programm.

Lambrecht empfing die Gruppe und stellte sich nach einem Besuch auf der Dachterrasse der Diskussion. Nach der Darstellung des Arbeitsablaufs einer Bundestagsabgeordneten war man schnell bei dem Thema, das zurzeit die Gemüter bewegt: den Arbeitsmarktreformen. Einig war man sich darüber, dass viele Menschen nur sehr ungenaue Vorstellungen davon haben, was sich hinter den so genannten Hartz-Gesetzen genau verbirgt. „Wochenlang ist das Thema durch die Medien getrieben worden. Man hat den Menschen einge-redet, man würde sie aus ihren Wohnungen verjagen oder ihren Kindern das Sparbuch wegnehmen“, so Christine Lambrecht. „Es gab einen regelrechten Wettbewerb der Horrormeldungen und immer wieder die unterschwellige Drohung: 'Die Betroffenen wissen gar nicht, was auf sie zukommt'.“ Erst als die Proteste immer mehr ausufernten und extremistische Gruppen den Protest ausnutzen wollten, sei die Berichterstattung sachlicher geworden.

„Vielen Menschen denen es heute am schlechtesten geht, wird es mit Hartz IV besser gehen“, so Lambrecht. „Alleinerziehende, die heute nicht arbeiten gehen können, weil sie ihre



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Presseinformation

Kinder nicht alleine lassen können, bekommen jetzt vom Staat die Kinderbetreuung gestellt. Man kann generell sagen: erwerbsfähige heutige Sozialhilfeempfänger und die, die heute geringe Arbeitslosenhilfe erhalten, werden ab dem nächsten Jahr mehr haben als vorher. Die, die früher sehr viel verdient haben und deshalb auch eine verhältnismäßig hohe Arbeitslosenhilfe erhalten haben, werden sich einschränken müssen, Das muss man der Ehrlichkeit halber auch sagen“. Darüber hinaus werde jeder Jugendliche unter 25 Jahre nach seiner Antragstellung für das Arbeitslosengeld II in eine Ausbildung oder Arbeitsgelegenheit vermittelt. Wenn er dieses Angebot allerdings ausschlägt, erhalte er drei Monate lang kein Geld.

Ebenso sei der Begriff der „1 bis 2-Euro-Jobs“ völlig missverständlich. „Es geht eben nicht darum, sich für einen Euro pro Stunde zu versklaven, wie es so oft dargestellt wird“, machte Lambrecht deutlich. „Es geht um gemeinnützige Arbeit für kommunale und öffentliche Einrichtungen, die über die Bezüge hinaus mit einem bis zwei Euro pro Stunde zusätzlich vergütet wird. Damit werden vier Ziele erreicht: Erstens erhalten Arbeitslosengeld-II-Empfänger zusätzlich zu den ihnen zustehenden Bezügen die Möglichkeit, etwas hinzu zu verdienen. Das können bei 40 Wochenarbeitsstunden und 2 Euro Vergütung immerhin über 300 Euro im Monat zusätzlich sein. Zweitens werden Menschen, die durch Arbeitslosigkeit ungewollt in ein Loch gefallen sind, wieder in einen normalen Arbeitsrhythmus eingeführt. Drittens können so sinnvolle Tätigkeiten für die Allgemeinheit durchgeführt werden, für die die Kommunen sonst keine Finanzierungsmöglichkeit haben. Viertens schließlich kommt dies nicht zuletzt auch dem Selbstwertgefühl von Menschen zugute, die so ihren Lebensunterhalt zumindest teilweise selbst bestreiten können.“

Lambrecht betonte besonders, dass diese Jobs nicht als Dauerlösung für den einzelnen gedacht sein, da vielfach die Sorge



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Presseinformation

geäußert wurde, dass durch diese Arbeitsmöglichkeiten Jobs im ersten Arbeitsmarkt verloren gingen. „Genau das wird nicht passieren“, so Lambrecht. „Das ist im Gesetz exakt festgelegt. An eine Dauerbeschäftigung ist dort nicht gedacht. Es soll im Ergebnis gelingen, den Arbeitsuchenden in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Hinzu kommt, dass Arbeitsgelegenheiten nur für im öffentlichen Interesse liegende und zusätzliche Arbeiten geschaffen werden sollen. Übersehen wird in der Diskussion oftmals auch, dass die Arbeitsgelegenheiten nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch solche nach dem heutigen Bundessozialhilfegesetz bzw. nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch ersetzen. Der Nettoeffekt ist insofern entsprechend geringer. Daher kann auch hierdurch kein Vorschub für Lohndumping geleistet werden“.

Lambrechts Ausführungen stießen auf viel Zustimmung. Man war sich darüber einig, dass tief greifende Maßnahmen zur Rettung unserer Sozialsysteme nötig sind, nicht um diese abzuschaffen, sondern um sie leistungsfähig zu erhalten. Dazu komme es auf sachliche Auseinandersetzung und Augenmaß an. „Wir werden uns der Panikmache widersetzen und die, die heute versuchen, die Ängste in der Bevölkerung auszunutzen, werden im nächsten Jahr, wenn die Maßnahmen angelaufen sind, nackt da stehen und als Schwindler entlarvt sein“, so Lambrecht.

Die Gruppe bedankte sich bei Christine Lambrecht. Spät am Abend, gegen 21.30 Uhr verließ man gemeinsam das Reichstagsgebäude. In den darauf folgenden Tagen standen bei strahlendem Sonnenschein noch Besuche in der Gedenkstätte Schlosshotel Cecilienhof in Potsdam und den Gärten von Sanssouci sowie Informationsbesuche in Bundesministerien und im Filmmuseum Berlin auf dem Programm.